

Koalition will falsche Sanktionen abschaffen

Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht



Anfang April befasste sich das Abgeordnetenhaus mit einer Bundesratsinitiative zur Abschaffung einzelner Sanktionen. Das Ziel: Die Sanktionen für junge Erwachsene unter 25, für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sowie auf die Kosten der Unterkunft (Miete) abzuschaffen.

Dabei geht es mir und der SPD nicht um die grundsätzliche Abschaffung des Prinzips Fordern und Fördern. Ja, wer ALG II bekommt, ist auch zur "Mitarbeit" verpflichtet. Und wer sich dauerhaft und mutwillig verweigert, darf auch sanktioniert werden. Klar ist für mich aber auch, dass die Sanktionsmöglichkeiten ihre Grenzen haben müssen. Sie haben dann eine Grenze, wenn sie 1. keinen Sinn ergeben und wir bessere Alternativen hätten, wir 2. Kinder treffen und 3. unter Umständen dazu beitragen, Obdachlosigkeit zu verursachen. Genau dies machen aber diese Sanktionen.

Klar ist auch, dass die Arbeit der MitarbeiterInnen der Jobcenter geschätzt wird. Wenn wir über die Abschaffung von Sanktionen sprechen, geht es darum, den MitarbeiterInnen Alternativen an die Hand zu geben. Alternativen gibt es beispielsweise

bei der Arbeit mit Menschen unter 25 Jahren. Diese fallen noch immer in den Bereich der Jugendhilfe. Mit ihnen zu arbeiten anstatt nur einfach das Geld zu kürzen führt - so die Erfahrungen in anderen Bundesländern - zu deutlich besseren Erfolgen.

Bei der Bundesratsinitiative geht es auch um die Frage, inwiefern Sanktionen Sinn machen. Eine Familie zu sanktionieren ergibt für mich nicht viel Sinn. Man kann so zwar einigen Druck auf die Eltern ausüben, dies aber auf die Gefahr hin, dass es die Kinder trifft. Das ist es mir nicht wert.

Und auch die Gefahr, dass Jobcenter ungewollt dazu beitragen, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, kann nicht im Interesse sein. Hier geht es dann nämlich um mehr als um die Sanktionierung von Fehlverhalten. Mit solchen Sanktionen werden Lebensläufe nachhaltig gefährdet. Und die Kosten trägt am Ende trotzdem der Staat, wenn er sich dann um die obdachlose Person für sehr viel Geld wieder kümmern muss.

Nun liegt es an der CDU/CSU um Bund, ob unsere Initiative Erfolg hat.

Einladung zum Stammtisch

Stammtische zu Mieten und Verkehr und vielem mehr

Im Mai gibt es den beliebten politischen Stammtisch gleich zwei Mal: In der Feuerwache und im Lenders möchte ich mit Ihnen ungezwungen über Politik, Gott und die Welt reden. Hierzu habe ich mir Gäste eingeladen. Einerseits Iris Spranger, Expertin für Mieten und Bauen, welche am 16. Mai in das Restaurant Lenders kommen wird. Und am 29. Mai besucht mich erneut Tino Schopf, Experte für Verkehr. Gemeinsam laden wir ein in die Gaststätte Feuerwache.

Die Stammtische sind aber anders als typische politische Veranstaltungen auch dafür da, um in ungezwungener Atmosphäre über all die Themen zu sprechen, die Ihnen unter den Nägel brennen. Ob das der Bahnhof Schöneweide ist, die Lärmproblematik in der Edisonstraße, die Bauvorhaben in unseren Kiezen oder die Verkehrssituation, wir wollen wissen, was Sie umtreibt und gemeinsam Lösungen finden. Jede Meinung ist erlaubt, erwünscht und soll - solange man respektvoll miteinander spricht - ausgesprochen werden. Ich freue mich auf Sie!

Donnerstag, 16. Mai,

ab 19:00 Uhr

Stammtisch mit Iris Spranger

Thema: Mietendeckel

Restaurant Lenders,
Winckelmannstraße 9,
Johannisthal

Mittwoch, 29. Mai,

ab 19:00 Uhr

Stammtisch mit Tino Schopf

Thema: Verkehr

Gaststätte Feuerwache,
Deulstraße 1,
Oberschöneweide

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Mittwochs, 14:30 - 16:30
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 10 2. Quartal/2019

Seit nun 2 1/2 Jahren im Parlament

Manches erreicht, viel zu tun

Im Herbst 2016 wurde ich von Ihnen ins Abgeordnetenhaus gewählt. Und das mit der Mehrheit der Erststimmen. Für mich das erste Mal. Meine erste Aufgabe im Abgeordnetenhaus war es daher anzukommen und die Abläufe zu begreifen. Bis heute lerne ich mit den Abläufen zu arbeiten, um Ihre Anliegen und Ziele zu verfolgen. Mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg.

Mehr erreichen für Schöneweide und Johannisthal

So war und ist mein Motto. Bei der Wahl war es mein Anliegen Probleme endlich auch dort anpacken zu dürfen, wo sie lösbar sind. Zuvor war ich 10 Jahre lang Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung. Zwei Erfolge in Schöneweide und Johannisthal sind mir besonders wichtig, wenn ich an meine ersten 2 1/2 Jahre denke: Am Bahnhof Schöneweide wird es temporäre Fahrstühle geben und der Umbau kommt endlich voran. Dass diese Aufzüge keine Selbstverständlichkeit sind sieht man an manch anderem Bahnhof in unserem Bezirk. Rund 1,3 Millionen Euro

kosten die Aufzüge, die dafür sorgen, dass der Bahnhof dauerhaft barrierefrei bleibt. Der Erhalt der Fähre zwischen Oberschöneweide und Baumschulenweg ist ein zweiter Erfolg, der mich besonders gefreut hat. Das war eine tolle Teamarbeit zwischen AnwohnerInnen, Bürgerinitiative und mir.

Probleme benennen und auch anpacken

Das ist mein Anspruch an meine Arbeit im Abgeordnetenhaus. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, das Wahlrecht für alle Menschen, das barrierefreie Taxi, ein fairer Mindestlohn, gute Arbeit überall dort, wo das Land Berlin Verantwortung trägt, das sind die Dinge, die mich in den letzten Jahren umgetrieben haben. Einige Dinge konnte ich voranbringen, für manche Gesetzesänderung sorgen.

Nicht zuletzt war und ist es mir ein Bedürfnis mich mit Ihnen auszutauschen. Es wäre schön, wenn Sie mich in den nächsten Jahren weiterhin begleiten würden.

Ihr Lars Düsterhöft

Deutsche Wohnen & Co enteignen?

Warum das für mich der falsche Weg ist

Fangen wir von vorne an: vor knapp 15 Jahren hat der damalige Finanzsenator (SPD) den Verkauf von knapp 60.000 Wohnungen abgenickt. Das auch noch weit unter Wert. Natürlich war das ein riesiger Mist. Für mich war es einer der Momente, in denen ich selbst in die Politik wollte, um es anders zu machen.

Die Deutsche Wohnen ist ein schlechter Vermieter

Seit 2013 gehören diese Bestände nun der „Deutsche Wohnen“. Der Mietpreis dieser Wohnungen lag jahrelang nur knapp über dem der städtischen Gesellschaften. Die Deutsche Wohnen hat jahrelang notwendige Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt. Dort, wo saniert und modernisiert wird, erhöht das Unternehmen die Mieten deutlich. Das trifft vor allem diejenigen, die schon jahrelang in diesen Wohnungen wohnen und die nun mit teilweise kaum mehr leistbaren Mieterhöhungen konfrontiert sind. Der Ärger darüber ist zu recht groß. So groß, dass nun unter anderem eine Initiative einen Volksentscheid auf den Weg bringen möchte, der alle Unternehmen, die mehr als 3000 Wohnungen in ihrem Bestand haben, enteignen möchte.

Momentan geht man davon aus, dass das ca. 10 größere Wohnungsunternehmen treffen würde, aller Wahrscheinlichkeit nach sind es aber weit mehr. Sollte der Volksentscheid Erfolg haben, müssten diese Unternehmen entsprechend entschädigt werden. Über die Höhe der Entschädigung wird gestritten.

Sechs Gründe, weshalb dies der falsche Weg ist

Sechs Dinge sind für mich bei der Bewertung des Vorhabens wichtig: **Erstens, wer Enteignung sagt meint Zwangskauf bzw. Zwangsverkauf.** Und dies gibt es nicht für einen symbolischen Euro. Eine Enteignung würde nicht nur sehr teuer werden, sondern den Berliner Haushalt für Jahre oder Jahrzehnte ruinieren. Nach derzeitigen Schätzungen würde das Vorhaben irgendetwas zwischen 20 und 38 Milliarden Euro kosten. Geht es nach der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ wird der Wert einer Immobilie nach den Einnahmen durch „leistbare Mieten“ bestimmt. Eine Sichtweise, die so vor Gericht wohl kaum Bestand hätte. Selbst wenn, das Vorhaben würde immer noch zwischen 7 und 14 Milliarden Euro kosten.

Zweitens, es wäre nur einer kleinen Gruppe von BerlinerInnen geholfen. Berlin hat über 1,8 Millionen Haushalte. Wer in einer Mietwohnung lebt, hat auch mit steigenden Mieten zu tun. Handeln würden wir aber nur für rund 250.000 Haushalte. Zahlen würden hierfür aber alle.

Drittens, steigende Mieten werden wir nicht dadurch mindern, dass wir Wohnungen kaufen. Am Ende ziehen immer mehr Menschen nach Berlin und der Druck wird nicht weniger. Den Druck nehmen kann man nur durch zusätzlichen Wohnraum. Würden wir 250.000 Wohnungen kaufen, hätte wir genau 0 neue Wohnungen gebaut und wir hätten wohl kaum mehr das Geld um neue städtische

Wohnungen zu bauen bzw. die Mieten zu subventionieren.

Viertens, mit dem Zwangs(ver)kauf würden sich die Gerichte auf Jahre beschäftigen. Klar ist doch, dass die Deutsche Wohnen und ähnliche Konzerne sich mit Händen und Füßen wehren würden. Jahrelange Gerichtsverfahren würden folgen. Eine Lösung für den heute angespannten Wohnungsmarkt ist diese Idee nicht.

Fünftens, was werden wohl Wohnungsunternehmen wie die Deutsche Wohnen mit dem Geld machen, dass sie für ihre Wohnungen bekommen? Höchstwahrscheinlich werden andere Wohnungen gekauft. Eine Shoppingtour der Deutschen Wohnen von unserem Geld kann nicht das

Ansinnen der Initiative sein.

Sechstens, nicht jeder große Wohnungseigentümer ist ein schlechter Vermieter. Unternehmen ab einer Größe von 3000 Wohnungen zwangskaufen zu wollen, würde auch gute Vermieter treffen und schlechte verschonen. Es ist Willkür.

Fakt ist: Am Kern des Problems würde eine Enteignung nichts ändern! Das ist der Grund, warum ich persönlich, unabhängig von der Unentschlossenheit der SPD, dieses Volksbegehren nicht unterstützen werde. Die Alternative gibt es: Bauen wo möglich und zu Konditionen wie nötig, kaufen wo sinnvoll und wirtschaftlich machbar und deckeln so lange und umfassend wie möglich.

Bauen! Kaufen! Deckeln!

SPD sorgt für den Mietendeckel

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Kein Wunder, denn Berlin wächst und es zieht jährlich zwischen 40.000 und 50.000 Menschen in die Hauptstadt.

Berlin braucht mehr Wohnungen

Das heißt: Berlin muss bauen! Denn das ist das wirksamste Mittel im Kampf gegen steigende Mieten. Die SPD möchte, dass die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in der laufenden Wahlperiode mindestens 30.000 neue Mietwohnungen baut. Bis 2026 sollen es knapp 53.000 Wohnungen werden. Mit Hilfe der Wohnungsbauleitstelle, dem Bündnis Wohnungsneubau, der Wohnungsbauförderung und dem kooperativen Baulandmodell soll dafür gesorgt werden, dass auch private Inverstoren schneller, mehr und

vor allem bezahlbare Wohnungen bauen, denn auf sie wird man auch weiterhin angewiesen sein. Hier gilt es, einen entsprechenden Rahmen zu schaffen. Beim Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung ist für Neubauten unter anderem festgelegt, dass 30 Prozent der Wohnflächen mietpreis- und belegungsgebunden sind. Da ist wichtig, damit die Mieten stabil bleiben.

Eine weitere wichtige Stütze sind die Bestände der insgesamt sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Auch sie wirken in ganz Berlin mietpreisdämpfend. Die Mieten dürfen hier 30 Prozent des Haushaltseinkommens nicht übersteigen und bei Neubauten muss jede 2. Wohnung an diejenigen vermietet werden, die ein geringes Einkommen haben. Die SPD

möchte den Bestand bis 2026 auf mindestens 400.000 Wohnungen erhöhen.

Kaufen wo sinnvoll und finanzierbar

Dies soll einerseits durch Neubau geschehen, andererseits aber durch Ankauf. Es ist auch im Gespräch z.B. Wohnungsbestände der früheren GSW, heute Deutsche Wohnen, durch regulären Ankauf - nicht Zwangskauf wie die Volksinitiative es fordert - zu übernehmen. Vor kurzem erst hat „Stadt und Land“ insgesamt 1821 Wohnungen im Kosmosviertel in Altglienicke von einem privaten Eigentümer zurückgekauft. Dazu sollen auch für den Wohnungsbau geeignete Liegenschaften des Bundes gekauft werden. Über 100 Grundstücke hat der Bund dem Land Berlin bereits kostengünstig zum Kauf angeboten. Auch auf das kommunale Vorkaufrecht, vor allem in den sogenannten Milieuschutzgebieten, setzt die Koalition verstärkt.

Die SPD will den Mietendeckel für mindestens 5 Jahre

Eine weitere Möglichkeit, steigenden Mieten zu begegnen ist der Mietendeckel. Der Mietendeckel soll Mieten für bezugsfertige Wohnungen zu einem bestimmten Stichtag einfrieren. Das soll sowohl für neue, als auch für bereits bestehende Mietverträge gelten. Mit einem entsprechenden Gesetz soll dann durchgesetzt werden, dass die Mieten nicht über einen festgelegten Wert steigen sollen.

Bei Neubauten sollen andere Instrumente greifen. Möglichkeiten sind hier das Berliner Kooperative Baulandmodell, eine am Gemeinwohl orientierte Vergabe von öffentlichem Bauland, eine Förderung von Genossenschaften und anderen Non-Profit

-Bauträgern sowie dem landeseigenen Wohnungsbau. Das alles gemeinsam, soll dazu beitragen, dass die Mieten nicht unbremst weiter steigen.

Mit Option auf Verlängerung, soll der Mietendeckel zunächst mit einer Befristung von 5 Jahren eingeführt werden. Bei Neuvermietungen müssen Vermieter die vorherige Miete offenlegen. Es drohen ihnen hohe Strafen, sollten sie sich nicht an den Mietenstopp halten. Damit der Mietendeckel eingeführt werden kann, ist nun der Senat gefordert ein Gesetz zu erarbeiten. Noch in diesem Jahr wollen wir im Abgeordnetenhaus den Mietendeckel erlassen.

CDU/CSU verhindern wirksame Änderungen des Mietrechts

Dass die Mieten überhaupt so stark steigen konnten, liegt hauptsächlich am Mietrecht des Bundes. In den letzten Jahren konnten zwar einige Änderungen durchgesetzt werden, wirklich effektive Maßnahmen wurden von der CDU/CSU auf Bundesebene aber immer wieder blockiert. Momentan ist es so, dass die Miete innerhalb von drei Jahre bis zu 15% erhöht werden darf, bei Modernisierungsarbeiten dürfen jährlich 8% der Kosten auf die Miete umgelegt werden.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich im Bundesrat dafür eingesetzt dass die Gesetze auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Leider mit wenig Erfolg. Auf Landesebene allerdings konnten die Forderung nach sozialen Mietgesetzen bei den landeseigenen Unternehmen umgesetzt werden. Das reicht allerdings längst nicht und deshalb ist die Einführung eines Mietendeckels für die über eine Millionen privat vermieteten Wohnung ein guter und richtiger Schritt!